

Die heutige Geldordnung ist nicht menschenrechtskonform

*Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Gerecht Wirtschaften
und des AG Gerecht Wirtschaften von Pax Christi Österreich
zum Tag der Menschenrechte*

Am 10. Dezember 1948 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Das heutige 60-Jahr-Jubiläum fällt mit der schwersten Finanzmarktkrise seit 1929 zusammen. Ihre wirtschaftlichen Auswirkungen sind in ihrer ganzen Tragweite noch unabsehbar und lassen für die Grundrechte breiter Bevölkerungsschichten zusätzlich Schlimmes befürchten. **Die „Arbeitsgemeinschaft Gerecht Wirtschaften für Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ sowie der „Arbeitskreis Gerecht Wirtschaften“ von Pax Christi Österreich möchten aus diesem Anlass darauf hinweisen, dass die derzeitige Geld- und Finanzordnung schon von ihrer Grundstruktur her nicht menschenrechtskonform ist und deshalb dringender politischer, wirtschaftswissenschaftlicher, juridischer und ethischer Handlungsbedarf besteht.**

Das heutige Geldsystem ist durch eine große Komplexität seiner Probleme gekennzeichnet, die u.a. durch eine mangelhafte und ungerechte Regulierung der Finanzmärkte, durch die multiple Kreditgeldschöpfung und den Zinseszins als geldpolitisches Steuerungselement verursacht werden. Die hervorstechendsten negativen Auswirkungen sind die gigantischen Schuldenberge, die gefährlichen Spekulationsmöglichkeiten, die Umverteilung von Geldvermögen von den Ärmeren zu den Reichen und der damit zusammenhängende Wachstumszwang der Wirtschaft. Die Mängel in der Grundstruktur der Geldordnung führen zwangsläufig immer wieder zu kleineren und größeren Zusammenbrüchen. Die aktuelle Krise könnte bereits die Vorhut eines finanziellen und wirtschaftlichen Crashes von globalem Ausmaß sein, der von Kritikern seit langem vorhergesagt wird. Sie wird mit den herkömmlichen geldpolitischen Maßnahmen nicht zufriedenstellend bewältigt werden können, sodass längerfristig eine grundsätzlich neue Geldordnung anzustreben ist.

Dazu brauchen wir dringend einen geldpolitischen Paradigmenwechsel, der aus dem Blickwinkel einer Option für die Armen auch zentrale Aspekte heutigen Geldes, wie z. B. die Art der Geldschöpfung oder den Zins als geldpolitisches Steuerungselement, einer kritischen Prüfung unterzieht. Die Forschung an Alternativen wird bislang leider erst von wenigen Wissenschaftlern wahrgenommen. Wichtige Pionierarbeit leistete der Augsburger Jurist Univ. Prof. Dieter Suhr, der in seinen verfassungsrechtlichen Untersuchungen zur Geld- und Währungsordnung bereits vor mehr als 20 Jahren auf die menschenrechtswidrigen Aspekte in der Grundstruktur heutigen Geldes aufmerksam machte. So werden schon allein durch die Auswirkungen des Zinseszinsmechanismus die Grundrechte auf Freiheit, Gleichheit und Eigentum des Großteils der Bevölkerung bedenklich behindert. Zukunftsweisend erscheinen uns auch die Vorschläge des Ökonomen Richard Douthwaite, der in seiner Schrift „Ecology of Money“ aufzeigt, dass unterschiedliche Arten von Geld unterschiedliche Auswirkungen in Wirtschaft und Gesellschaft haben. Er stellt ein Zusammenspiel von 4 verschiedenartig konzipierten, zinseszinsfreien Währungssystemen zur Diskussion, die den unterschiedlichen Bedürfnissen auf regionaler, nationaler und globaler Ebene gerecht werden sollen.

Um die dringend notwendige theoretische und praktische wissenschaftliche Arbeit an Alternativen im Bereich des Geldwesens möglichst schnell voranzubringen, schlagen wir europaweit die Schaffung von einschlägigen, gut dotierten interdisziplinären Akademien oder universitären Einrichtungen vor. Diese könnten wertvolle Vorarbeiten für künftige Weltwährungskonferenzen leisten, damit bei einer Neuordnung der internationalen Finanzarchitektur nicht zu viele der alten Fehler wiederholt werden. Zukünftige Generationen werden kein Verständnis dafür haben, wenn heute angesichts der bedrohlichen Situation weiterhin nur Symptombekämpfung betrieben wird, statt sich mit den Wurzeln der Probleme auseinander zu setzen.

Für Rückfragen und nähere Informationen stehen gerne zur Verfügung:

Dr. Marianne Schallhas, www.arge-gerecht-wirtschaften.at , E-Mail: f.m.schallhas@utanet.at

Dr. Michael Striebel, www.paxchrist.at/ , E-Mail: michael.striebel@gmx.at

9. Dezember 2008